Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

zugleich

Oberlungwitzer Tageblatt

und

Gersdorfer Tageblatt

Bezugspreis monatlich M. 1.50, durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 1.30, Wochenkarten 85 Pfg. Bei Postbezug vierteljährlich M. 4.50 ausschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 10 Pfg. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperre, Aussperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postscheckkonto Leipzig 49214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 3.

Anzeigenpreis im Verbreitungsbezirk die 6gespaltene Korpuszeile 30 Pfg., sonst 40 Pfg., Reklamezeile 75 Pfg.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachlaß. Auskunfterteilung und Vermittlung von schriftlichen Angeboten 20 Pfg. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Ersatzanspruch aus. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 151.

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Rüsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Grüna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.

Nr. 289 — **Sonntag, den 14. Dezember 1919** — **46. Jahrgang**

Wertmünzen für Gasautomaten.

Die städt. Kollegien haben beschlossen, wie in anderen Städten so auch hier, für die Gasautomaten Wertmünzen zu beschaffen.

Durch diese Wertmünzen,

welche aber nur Gültigkeit für Gasautomaten haben,

soll dem Mangel an 10-Pfg.-Stücken abgeholfen werden, aber auch die den Verbrauchern so lästige Nachzahlung wegfallen. Von welchem Zeitpunkt ab die Gasautomatenmarken Gültigkeit haben, wird bei der nächsten Entleerung der Automaten den einzelnen Verbrauchern durch den Kassenboten des Gaswerkes bekannt gegeben werden.

Von da ab dürfen 10-Pfg.-Stücke in die Gasautomaten nicht mehr eingeworfen werden.

Die Münzen werden bis auf weiteres zum Preise von

43 Pfg. pro Stück

verkauft (dem jetzigen Gaspreis von 71⅔ Pfg. pro 1 cbm Gas entsprechend) und zwar:
1. von den Geschäftsstellen des Konsumvereins Breite Str., Chemnitzer Str., Bismarckstr.,
2. „ „ „ „ Gaswerks: Gaswerk und Reinhardhaus, Altmarkt 30,
3. „ „ Kassenboten des Gaswerks.

Hohenstein-Ernstthal, den 12. Dezember 1919. Der Stadtrat.

Der diesjährige Christmarkt findet außer am 24. Dezember 1919 Sonntag, den 14. und Sonntag, den 21. Dezember 1919, nachmittags von 2—10 Uhr statt.

Zu dem Christmarkt ist das Feilhalten mit anderen Waren, als den sogenannten Wochenmarktsgegenständen nur hiesigen Einwohnern und mit Christbäumen nur denjenigen Personen gestattet, die sich über den rechtmäßigen Erwerb der Bäume durch abgestempelte Bescheinigungen der Ortsbehörden darüber, wo die Bäume gekauft sind, ausweisen können.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 13 Dezember 1919.

Reißigversteigerung auf dem Wege vom Mineralbad nach dem Hüttengrund Dienstag, den 16. Dezember, 2 Uhr nachmittags. Die Zahlung hat sofort zu erfolgen.

Hohenstein-Ernstthal, den 13. Dezember 1919. Der Stadtrat.

Hinterlegung von Wertpapieren betr.

Die hiesige Sparkasse ist

Hinterlegungsstelle für Wertpapiere aller Art.

Die Hinterlegung erfolgt kostenlos.

Sparkasse Gersdorf Bez. Chemnitz.

Die Sechsstundenschicht.

Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau in Essen hat seine Arbeiten beendet. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende, Professor Gothein, festgestellt hatte, daß die Abfuhr der Kohlen und die Wagengestellung in den letzten Wochen zufriedenstellend gewesen sei — nicht nur die tägliche Förderung, sondern auch 10 000 Tonnen der Lagerbestände konnten täglich verladen werden, und nur der Mangel an Lokomotiven machte sich sehr fühlbar —, eröffnet er die allgemeine Aussprache. Seitens des Vorsitzenden und der Arbeitgeber wird auf

die furchtbare Notlage des Landes

hingewiesen. Eine Erhöhung der Förderung wird unbedingt herbeigeführt werden müssen. Zahlreiche Industriewerke haben wegen Kohlenmangels ihren Betrieb eingestellt, andere werden es in kurzer Zeit tun müssen, und dabei handelt es sich um große Werke im Industriegebiet, die über Kohlenlagern stehen. In Süddeutschland (Heidelberg) wird das Gas aus Holz gewonnen, dessen Säuregehalt die Röhren angreift. Die arme Bevölkerung holzt die Wälder ab. Dort heizt man mit Torf aus Friesland, den Zentner zu 21 Mk. Die Berliner Metallarbeiter (ausgerechnet die Berliner! Schriftltg.) haben Vertreter nach Essen geschickt, um die Bergarbeiter zu bitten, mehr Kohlen zu fördern. Die Dortmunder Metallarbeiter haben das gleiche vor. Zu bedenken sind dann noch die Forderungen der Entente. Alle diese Dinge sollten sich die Arbeiter vor Augen führen, dann würden sie nicht nur

die Forderung der Sechsstundenschicht

fallen lassen, sondern sogar wieder acht Stunden arbeiten, natürlich gegen besondere Vergütung. Der Sechsstundentag müsse und könne nur international geregelt werden.

Seitens der Arbeitnehmer wurde geantwortet: Die Schilderungen der Arbeitgeber sind sehr düster; so schlimm sieht es noch nicht aus. Ist der Zusammenbruch Deutschlands bisher nicht erfolgt, dann kommt er auch nicht mehr. Eine Schichtverlängerung bis zu acht Stunden kommt nicht in Frage. Auch mit der siebenstündigen Schicht sind die Arbeitnehmer nach dem 1. Februar nicht mehr zufrieden. Für sie kommt nur noch der sechsstündige Arbeitstag vom genannten Tage ab in Frage. Bekommen sie ihn nicht freiwillig, dann werden sie ihn mit Gewalt nehmen. Die Bergarbeiter erlangten bei den früheren Arbeitsbedingungen nur ein Durchschnittsalter von 45 Jahren, sie haben also ein Recht darauf,

durch Arbeitszeitverkürzung ihr Leben zu verlängern.

Sie haben der Not des Volkes Rechnung getragen und auf verschiedene Sonderrechte verzichtet. Die Sechsstundenschicht muß unbedingt am 1. Februar eintreten.

Beide Parteien versuchten einander von der Notwendigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. Keine gab nach. Den Siebenstundentag glaubten die Arbeitgeber im Interesse des Landes fordern zu müssen, sechs Stunden Arbeit verlangen die Arbeitnehmer. Die Fortsetzung der Aussprache erschien nutzlos.

Da sprach Professor Dr. Francke in herzlichen und gewinnenden Worten zu den Arbeitnehmern, stellte ihnen nochmals die Notlage des Reiches und seiner Bewohner vor, machte auf die fürchterlichen Folgen des Friedensvertrages, der uns zur Lieferung von 42½ Millionen Tonnen Kohle an die Entente verpflichtet, aufmerksam und schlug vor, die Ausführung des Sechsstundentages zu verschieben und

vorläufig weiter sieben bis acht Stunden

zu arbeiten. Dafür sollten die Arbeitgeber aber die mehr als sechsstündige Arbeit höher bezahlen und für bessere Lebensmittelbeschaffung sorgen. Berghauptmann Schantz appellierte gleichfalls an das Gewissen der Arbeitnehmer und bat sie, mit beizutragen, um der Not und dem Verfall des Reiches zu steuern.

Die Arbeitnehmer erklärten hierauf, über den Vermittelungsvorschlag Francke-Schantz beraten zu wollen, und schlugen eine Pause vor.

Nachmittags um 3 Uhr setzte der Ausschuß seine Verhandlungen fort. Den Vorsitz übernahm wieder Professor Dr. Francke. Er wiederholte seinen

Vermittelungsvorschlag:

1. Die Reichsregierung soll auf diplomatischem Wege die am Kohlenbergbau beteiligten Länder auffordern, die Frage der Sechsstundenschicht unter Tage zu beraten.
2. Die Siebenstundenschicht wird weiter beibehalten, doch wird die 7. Stunde höher bezahlt.
3. Angesichts unserer wirtschaftlichen Notlage infolge des Friedensvertrages und der inneren Verhältnisse wird die Bergarbeiterschaft (ebenso natürlich die Bergverwaltungen) aufgefordert, alles zu tun, um die Kohlenförderung zu heben, die Bergarbeiterschaft durch das Verfahren von Ueberschichten für die neben tarifmäßiger Bezahlung Zuwendungen von Nahrungsmitteln, Kleidung und Wäsche gewährt werden.
4. Der Wohnungsnot muß sofort gesteuert werden.

Die Abstimmung über die einzelnen Punkte ergab:

Punkt 1. Die Arbeitgeber und die Wissenschaftler stimmen mit 10 Stimmen dafür, die Arbeitnehmer mit 6 Stimmen dagegen.

Punkt 2. Die Arbeitgeber erklären: Erfolgt die Lohnerhöhung, dann müssen die Kohlenpreise erhöht werden, und diese Erhöhungen müssen von der Regierung bewilligt werden. Wir beantragen: Beibehaltung der Siebenstundenschicht. Die Arbeitnehmer beantragen zu diesem Punkte: Die Sechsstundenschicht wird grundsätzlich am 1. Februar eingeführt. Die Arbeitnehmer stimmen geschlossen dafür. Der Vorsitzende hält seinen Vorschlag auf Beibehaltung der Siebenstundenschicht mit Lohnzuschlag aufrecht. Dafür stimmen 3 Wissenschaftler. Die Arbeitnehmer bringen zu Punkt 2 einen neuen Antrag ein: In Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Notlage weiter Volkskreise werden die unter Tage Beschäftigten angehalten, eine und ein sechstel Schicht zu verfahren. Die Arbeitgeber sehen in dieser Fassung eine grundsätzliche Anerkennung der Sechsstundenschicht und stimmen mit den Wissenschaftlern gegen, die Arbeitnehmer geschlossen für diese Fassung.

Den Punkt 3 beantragen die Arbeitgeber in zwei Abteilungen zu beraten:

a) Angesichts der Notlage weiter Kreise des Volkes spricht der Arbeitsausschuß den Wunsch aus, daß mit allen Mitteln die Kohlenförderung im Ruhrrevier erhöht wird, insbesondere auch durch Zuhilfenahme von Ueberschichten.

b) Um die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit der Bergleute zu heben, dringt der Arbeitsausschuß erneut auf reichlichere Belieferung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Wäsche.

Für 3a stimmen die Arbeitgeber und die Wissenschaftler, dagegen die Arbeitnehmer, 3b wird einstimmig angenommen. Weiter beantragen die Arbeitnehmer, daß der Ausschuß halbjährlich, zum ersten Male am 1. Juli 1920, zusammentritt, um weitere Maßnahmen zwecks Einführung der Sechsstundenschicht treffen zu können. Die Arbeitgeber und die Wissenschaftler halten bei der Abstimmung mit 10 Stimmen die Arbeiten für beendigt, stellen sich aber der Regierung zur Verfügung.

Damit sind die Arbeiten des Ausschusses zur Prüfung der Arbeitszeit beendet.

Industrie und Betriebsräte.

Die Protestversammlung gegen das Betriebsrätegesetz, die in Berlin vom Reichsverband der deutschen Industrie und von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veranstaltet wurde, nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

Die Kommissionsbeschlüsse zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes haben die deutsche Industrie in den wesentlichsten Punkten enttäuscht. Ihre warnende Stimme ist ungehört verhallt. Die Industrie ist in der Ablehnung der Bilanzvorlage solidarisch, ebenso verwirft sie den Eintritt von Sondervertretern des Betriebsrates in den Aufsichtsrat, sowie das Mitbestimmungsrecht über Einstellung und Entlassung auch in der jetzigen abgeschwächten Form. In letzter Stunde fordert die deutsche Industrie die Nationalversammlung auf, das schwer darniederliegende deutsche Wirtschaftsleben vor unmittelbaren weiteren Schädigungen zu bewahren und verlangt die Ueberweisung der Gesetzesvorlage an den Reichswirtschaftsrat.

Beratung des Betriebsrätegesetzes vertagt.

Der Aeltestenrat der Nationalversammlung hielt gestern eine Sitzung ab, um über die durch die Verzögerung der Vorberatung des Umsatzsteuergesetzes entstandene Geschäftslage zu beraten. Nachdem das Umsatzsteuergesetz im Steuerausschuß verabschiedet worden ist, wäre es möglich, die zweite Lesung am Montag beginnen zu lassen und sodann die dritte Lesung des Reichsnotopfergesetzes vorzunehmen, so daß beide Gesetze noch vor der Weihnachtspause verabschiedet werden könnten. Da aber am 18. Dezember die Weihnachtspause eintreten soll, wird die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes noch in diesem Jahre in Frage gestellt.

Rundschau.

Der demokratische Parteitag

begann gestern in Leipzig mit einer Tagung der demokratischen Arbeitnehmervertreter im Hotel „Stadt Hannover". Als Redner traten u. a. auf Abg. Erkelenz, Dr. Cohnstädt-Frankfurt a. M., Generalsekretär Fecht-Frankfurt a. M. Es handelte sich neben der Besprechung sachlicher Fragen und von Berufsinteressen vor allen Dingen um die große Frage der Organisation. Von allen Seiten wurde betont, daß der Augenblick für eine Zusammenfassung der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellten und Beamten) ganz besonders günstig sei, wo der sozialistisch-marxistische Gedanke im Verlaufe der Revolution gerade in Arbeitnehmerkreisen den völligen Zusammenbruch erlebt habe. Zu gleicher Zeit fand eine Zusammenkunft der Parteisekretäre im „Zoologischen Garten" statt. Reichsminister Koch-Berlin, Unterstaatssekretär Meyer-Berlin, Reichstagswizepräsident Haußmann-Berlin und Senator Petersen sind zur Teilnahme eingetroffen.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter

war Gegenstand der Beratung im Reichsrat. Der Gesetzentwurf hierzu geht von dem Grundsatze aus, daß es neben der Rentenregelung vor allem im Interesse der Volkswirtschaft wie der Kriegsbeschädigten liege, durch geregelte Arbeit für eine geeignete Anstellung der Kriegsbeschädigten zu sorgen. Jeder Arbeitgeber ist danach verpflichtet, einen Schwerbeschädigten, der für einen freigewordenen Arbeitsplatz geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Außerdem ist der Arbeitsminister ermächtigt, anzuordnen, daß private Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die für Schwerbeschädigte besonders geeignet sind, freizuhalten haben und jeder private Arbeitgeber verpflichtet ist, einen zahlenmäßigen Bruchteil seiner Arbeitsplätze durch Schwerbeschädigte zu besetzen.

Eine neue Entente?

Wie der Sonderberichterstatter des „Matin" aus London mitteilt, ist das Programm der Unterredung zwischen den Staatsmännern der alliierten Staaten in London wie folgt festgesetzt worden: Eine starke militärische Entente zwischen Frankreich, England und Belgien zu erzielen, wenn möglich mit einem interalliierten Generalstab, ein ausreichendes Heilmittel gegen den Sturz des Wechselkurses zu suchen und endlich, durch ein Uebereinkommen zwischen der englischen und französischen Regierung eine gemeinsame Lösung der türkischen und russischen Probleme sowie der Adriafrage zu erzielen. Die Beratungen zwischen Lloyd George und Clemenceau sollten auf breiterer Basis unter Zuziehung des italienischen Außenministers Scialoja und des amerikanischen Botschafters Davis fortgesetzt werden, so daß also auf der einen Seite eine französisch-englische, auf der anderen Seite eine interalliierte Konferenz abgehalten werde, welch letztere man als eine fortgesetzte Friedenskonferenz betrachten könne.

SLUB
Wir führen Wissen.